

Zum 15. August dieses Jahres hat die **Fondsdepot Bank**, eine Unternehmens-Partnerschaft des Prozessabwicklers **Xchanging** und **Allianz Global Investors**, Frankfurt am Main, die Sparplankonten im Bereich Vermögensbildende Leistungen (VL) von der **On-Vista Bank**, Frankfurt am Main übernommen. Bei den Konten handelt es sich ausschließlich um Depots, die nicht zum Kerngeschäft Online-Brokerage der OnVista Bank gehören.

Eine Summe von 624 Millionen US-Dollar zahlt der US-amerikanische Hypothekenfinanzierer **Countrywide**, um einen Streit mit Aktionären beizulegen. Dies sei die bisher größte Zahlung eines Instituts im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des US-Häusermarktes. Das Unternehmen gibt im Rahmen der Einigung kein Schuldeingeständnis ab. In mehreren Verfahren wurde dem Immobilienunternehmen vorgeworfen, Anteilseigner nicht über die Vernachlässigung eigener Richtlinien im Umgang mit Subprime-Hypotheken informiert zu haben.

Nach dem zuvor vereinbarten Verkauf von 318 Filialen an Spaniens Großbank **Santander** hat sich die teilverstaatlichte **Royal Bank of Scotland (RBS)** auch von einem Mehrheitsanteil an dem Zahlungsabwickler **Worldpay** getrennt. Käufer des nach eigenen Angaben weltweit viertgrößten Dienstleisters für elektronische Zahlungsverarbeitung sind die Beteiligungsgesellschaften **Advent International** und **Bain Capital**. Das Private-Equity-Konsortium zahlt nach eigenen Angaben 2,03 Milliarden britische Pfund, wobei RBS mit einem Minderheitsanteil von 19,99 Prozent an dem Dienstleister beteiligt bleibt. Der Gewinn aus der Transaktion, die bis Ende 2010 abgeschlossen sein soll, wurde auf rund 850 Millionen Pfund beziffert. Die Bank wird mit dem Vollzug der Transaktion zunächst rund 1,8 Milliarden Pfund erhalten, weitere 200 Millionen Pfund hängen von der weiteren Geschäftsentwicklung bei Worldpay ab.

Anleger dürfen auf die Auskünfte ihres Anlageberaters beziehungsweise -vermittlers vertrauen und sind nicht dazu verpflichtet, den entsprechenden **Emissionsprospekt** zusätzlich durchzulesen, um die Angaben und Ratschläge auf ihre Richtigkeit hin zu kontrollieren. So urteilte der **Bundesgerichtshof** im Rahmen der Klage eines Anlegers, der Anteile am Geschlossenen Immobilienfonds „Turmcenter Frankfurt“ erworben und nach der Schließung

5. August 2010 bis 24. August 2010

des Sondervermögens Schadensersatz gefordert hatte mit der Begründung, nicht auf das Risiko eines Totalausfalls hingewiesen worden zu sein.

Wie Ende 2009 angekündigt, hat der Frankfurter **Deka-Bank-Konzern** die Tochtergesellschaft **Deka Fund-Master Investmentgesellschaft mbH** auf die **Deka Investment GmbH** verschmolzen. Letztere vereinigt somit das Management der Publikums- und Spezialfonds und die Betreuung der Master-KAG-Mandate rechtlich unter einem Dach. Durch die Zusammenführung der beiden Wertpapier-KAGen nach deutschem Recht sollen Synergien realisiert werden. Das bisherige Produkt- und Dienstleistungsspektrum beider Altgesellschaften bleibe in vollem Umfang erhalten, ebenso die Anzahl der Mitarbeiter.

Zum 1. Januar 2011 übernimmt die **Deka-Bank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A.** das Privatkundengeschäft der **LBBW Luxembourg S.A.** Für Kunden der bisherigen Tochter der **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)** soll das bestehende Produktangebot auch weiterhin aufrechterhalten werden. Die Kundenberater der LBBW wechseln zur Luxemburger Deka-Bank-Tochter, die seit 1992 Privatkunden in Luxemburg betreut (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).

Mitte August dieses Jahres hat die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)**, Bonn, gegenüber der Düsseldorfer **Noa Bank GmbH & Co. KG** ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen. Außerdem hat die BaFin angeordnet, die Bank für den Verkehr mit der Kundschaft zu schließen, und dem Institut untersagt, Zahlungen entgegenzunehmen, die nicht zur Tilgung von Schulden ihm gegenüber bestimmt sind. Man habe dieses Moratorium anordnen müssen, um die verbliebenen Vermögenswerte zu sichern, teilte die BaFin zur Begründung mit. Dem Institut drohten nach dem Insolvenzantrag der zum Konzern gehörigen Noa Factoring AG die Zahlungsunfähigkeit und die Überschuldung. Die Bilanzsumme der Bank, die der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken

GmbH (EdB) angehört, belaufe sich zum 17. August 2010 auf rund 179,2 Millionen Euro bei Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von rund 172,1 Millionen Euro.

In Großbritannien startet ein weiteres neues Kreditinstitut am Markt: Die neu gegründete **NBNK Investments plc** hat Ende August dieses Jahres ihre Aktien am Alternative Investments Market (AIM) der Londoner Börse notiert. Erst im Juni hatte sich die Finanzgesellschaft der Öffentlichkeit mit dem Ziel präsentiert, eine Bank zu gründen. Zum Börsenstart wurden 50 Millionen Aktien zum Nennwert von 100 britischen Pence abgegeben, womit NBNK über ein Startkapital von 50 Millionen Pfund verfügt. Nun soll möglichst rasch ein Netz von 400 bis 600 Filialen aufgebaut werden, um einen Marktanteil von vier bis sechs Prozent im Retailgeschäft zu erreichen. Zuvor hatten sich bereits die **Metro Bank** als erste Neugründung in dem Land seit 100 Jahren sowie die durch die Übernahme einer kleineren Bank zu einer entsprechenden Lizenz gelangte **Virgin Money** als neue Wettbewerber am britischen Markt präsentiert. In Großbritannien stehen weiterhin rund 600 Filialen der teilverstaatlichten **Lloyds-Gruppe** zum Verkauf.

Nachdem die während der Finanzkrise zu 41 Prozent vom britischen Staat übernommene **Lloyds Banking Group** im Frühjahr die Schließung der 44 irischen Filialen der Tochter **Halifax** bekannt gegeben hatte, wird nun auch die Tochter **Bank of Scotland (Ireland)** aufgelöst. Die Banklizenz werde zum Jahresende zurückgegeben. Das Kreditportfolio wird an die ihrerseits zu Lloyds gehörende britische Mutter Bank of Scotland übertragen, die künftig alle Managemententscheidungen trifft.

Ende August dieses Jahres hat das **Bundes-kabinett** die Einführung einer **Banken-abgabe** beschlossen. Demnach sollen ausnahmslos alle Institute, die dem Kreditwesengesetz unterliegen, in einen zentralen Fonds einzahlen. Dieser soll in Krisenzeiten Kapital zur Stabilisierung des Bankensystems bereitstellen. In ertragreichen Bankenjahren erwartet die Bundesregierung Einnahmen von bis zu 1,3 Milliarden Euro. Nach oben wurde die Sonderabgabe auf maximal 15 Prozent des Jahresüberschusses begrenzt. Mindestens fünf Prozent der normalen Abgabe sind auch dann zu leisten, wenn ein Institut keinen Gewinn oder einen Verlust ausweist.